

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz
und für Verbraucherschutz**

38. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird die Bundesregierung die Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD umsetzen, „die Wiederaufnahmemöglichkeiten zuungunsten der oder des freigesprochenen Angeklagten in Bezug auf die nicht verjährbaren Straftaten [zu] erweitern“ (a. a. O., Zeile 5870), und falls die Bundesregierung dies plant, wie will sie dies verfassungskonform gestalten, obwohl das (Justiz-)Grundrecht Artikel 103 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) ohne Schranken anderer Grundrechte gewährleistet, dass niemand nach rechtskräftig abgeschlossenem Strafverfahren wegen desselben Tatvorwurfs nochmals verfolgt werden darf (MAZ, 14. März 2018: www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Interessante-und-kuriose-Abmachungen-der-GroKo)?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange
vom 11. Juni 2019**

Die Bundesregierung prüft, wie die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag (Zeile 5853 f.) umgesetzt werden kann; diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen.

Die Bundesregierung ist sich dabei der besonderen verfassungsrechtlichen Anforderungen an eine Erweiterung des Wiederaufnahmerechts zuungunsten des freigesprochenen Angeklagten bewusst. Allerdings nimmt der in Artikel 103 Absatz 3 GG niedergelegte Rechtssatz „ne bis in idem“ auf den bei Inkrafttreten des Grundgesetzes geltenden Stand des Prozessrechts und seine Auslegung durch die herrschende Rechtsprechung Bezug (BVerfGE 3, 248, 252). Deshalb steht Artikel 103 Absatz 3 GG Grenzkorrekturen durch den Gesetzgeber nicht entgegen; er garantiert nur den Kern dessen, was als Inhalt dieses Rechtssatzes in der Rechtsprechung herausgearbeitet wurde (BVerfGE 56, 22, 34 f.).

39. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der prozentuale und absolute Anteil von Insassen mit Migrationshintergrund in Justizvollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz im Vergleich des Jahres 2008 zu 2018?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange
vom 19. Juni 2019**

Eine entsprechende Statistik, die den Migrationshintergrund von Inhaftierten erfasst, wird nicht geführt.